

Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE in Hannover:

Kommunen für Frieden und Zusammenhalt in Europa

Die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), die im März 2022 auf Einladung der Region Hannover in der niedersächsischen Landeshauptstadt stattfand, hat ein deutliches Signal für Frieden und Zusammenhalt in Europa gesendet. In einem „Kommunalen Friedensappell“ verurteilen die rund 300 Delegierten den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Gleichzeitig bringen sie ihre Solidarität mit den ukrainischen Kommunen zum Ausdruck und fordern die Unterstützung von Bund und Ländern bei der Versorgung der aus der Ukraine geflüchteten Menschen.

Ein Beitrag von
Barbara Baltsch



Foto: Barbara Baltsch

300 Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus den Mitgliedskommunen und -verbänden der Deutschen Sektion des RGRE trafen sich zur Delegiertenversammlung im Regionshaus Hannover

Die Losung hätte nicht besser gewählt sein können: Unter dem Motto „Europas Zusammenhalt = Europas Zukunft“ versammelten sich rund 300 Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus den Mitgliedskommunen und -verbänden der **Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)** am 24. und 25. März 2022 im Regionshaus Hannover. Die alle drei Jahre stattfindende Delegiertenversammlung war geprägt vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Auswirkungen auf die Kommunen.

„Die deutschen Kommunen stehen fest an der Seite ihrer ukrainischen Partner und werden sie unterstützen“, unterstrich der scheidende RGRE-Präsident und Oberbürgermeister von Karlsruhe, Dr. Frank Mentrup, gleich zu Beginn der Delegiertenversammlung die einhellige Position der deutschen Städte, Landkreise und Gemeinden. In Zeiten, in denen Europa von außen angegriffen werde, gelte es verstärkt zusammenzuhalten.

An die Solidarität und den Zusammenhalt appellierte auch der Präsident der Region Hannover, Steffen Krach. Angesichts der

Zur Autorin:

Barbara Baltsch ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.



Foto: Barbara Baltisch

Der Präsident der gastgebenden Region Hannover, Steffen Krach, forderte die Unterstützung von Bund und Ländern bei der Aufnahme geflüchteter Menschen aus der Ukraine

Millionen von ukrainischen Menschen, die vor Tod, Zerstörung und unsäglichem Leid ihr Land verlassen mussten, stünden die Kommunen vor großen Herausforderungen. „Bund und Länder müssen uns unterstützen“, sagte Krach mit Blick auf die Unterbringung und Integration der Geflüchteten. Der Regionspräsident erinnerte daran, dass gleichzeitig auch die Corona-Pandemie und die Klima-Krise zu meistern seien.

Matthias Wunderling-Weilbier, Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, nahm ebenfalls spontan das Motto auf. „Wenn Europa nicht zusammenhält, hat Europa keine Zukunft“, sagte er mit Blick auf den Krieg als auch die Corona-Pandemie und die Klima-Krise. Es brauche neue Formen des Zusammenhalts in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht und auch bei den gemeinsamen Werten. Dabei sei der Zusammenhalt im Innern die Voraussetzung für ein wirksames Handeln nach außen.

Für den Staatssekretär kommt den Regionen und Kommunen bei der Gestaltung Europas eine besondere Rolle zu: „Die 140 Regionen, 90.000 Gemeinden und 1,2 Millionen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in der EU schaffen die Grundlage für das Gelingen Europas.“ Deshalb müssten sie auch besser in EU-Entscheidungen eingebunden werden, forderte Wunderling-Weilbier mit Blick auf die laufende Konferenz zur Zukunft Europas.

Die Solidarität der österreichischen Gemeinden mit der Ukraine und den Zusammenhalt der europäischen Kommunen betonte der Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes, Dr. Walter Leiss. „Wir rechnen mit 250.000 Flüchtlingen, die wir aufnehmen und versorgen werden.“ Gleichzeitig verurteilte er das russische Vorgehen und rief zur Teilnahme an der **Operation „Schneeflocke“** auf. Dabei

handelt es sich um eine in der Marktgemeinde Kuchl geborene Idee, mit russischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Kontakt zu treten. In Briefen werden sie aufgefordert, nicht wegzusehen und ihren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur freien Informationsbeschaffung und Meinungsäußerung zu bieten.

Um konkrete Unterstützung für ukrainische Städte warb der Oberbürgermeister der Stadt Sindelfingen, Dr. Bernd Vöhringer, der die **Kooperationsplattform „Cities4Cities“** vorstellte. „Die Plattform soll ein Ort für einen unkomplizierten Austausch mit unseren ukrainischen Kolleginnen und Kollegen sein, um diesen schnellstmöglich und vor allem bedarfsgerecht Hilfe zukommen zu lassen“, betonte Dr. Vöhringer, der auch Präsident der Kammer der Gemeinden des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europa-



Foto: Barbara Baltisch

Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier aus dem Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung unterstrich die Rolle der Regionen und Kommunen für den Zusammenhalt in Europa

rates ist. Dies könne eine Lebensmittellieferung oder auch einfach ein Austausch zum Wissenstransfer sein. Daraus könnten mittelfristig auch weitere deutsch-ukrainische Kommunalpartnerschaften entstehen.

Die von der Stadt Sindelfingen initiierte Plattform „Cities4Cities“ ist inzwischen unter der Schirmherrschaft des Kongresses der Gemeinden und Regionen gestartet worden. Kommunen sowie Kommunalpolitikerinnen

und Kommunalpolitiker können sich dort registrieren und ihre Bedürfnisse oder Angebote mit wenigen Klicks teilen, indem sie die Stellen für eine direkte Kontaktaufnahme angeben.

Der Generalsekretär des europäischen RGRE-Dachverbandes „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR), Fabrizio Rossi, rief die in Hannover versammelten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ebenfalls auf, ukrainischen Städten zu helfen. Der CEMR habe am Tag des Kriegsbeginns eine [Erklärung zur Unterstützung der Ukraine](#) verabschiedet, die bereits von 700 lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unterzeichnet worden sei. Zudem sei eine Task Force „Ukraine“ eingerichtet worden. Sie tausche sich darüber aus, wie die Auswirkungen des Krieges in europäischen Gebieten bewältigt werden können. „Europas Zukunft ist auch ukrainisch“, betonte der CEMR-Generalsekretär.

Kommunaler Friedensappell

Der bewegendste Moment der RGRE-Delegiertenversammlung war die Rede des per Video aus der Ukraine zugeschalteten stellvertretenden Ministers für europäische Integration, Ihor Korkhovi. In eindringlichen und aufwühlenden Worten beschrieb er die aktuelle Lage in vielen ukrainischen Städten. Gleichzeitig appellierte an die Hilfsbereitschaft und Solidarität – auch schon mit Blick auf die Zeit nach dem Krieg und für die großen Aufgaben des Wiederaufbaus der zerstörten Infrastruktur und Gebäude. „Putin wird so lange weitere Kriege führen, bis er einen verliert“, betonte Korkhovi. Und: „Die Ukraine wird alles tun, dass dies der letzte Krieg Putins sein wird.“

Im Anschluss an die Rede verabschiedeten die Delegierten, die sich zuvor bereits zu einer Solidaritätsaktion vor dem Regionshaus Hannover versammelt hatten, einstimmig einen [„Kommunalen Friedensappell“](#). Darin verurteilen die Mitgliedskommunen und -verbände der Deutschen Sektion des RGRE den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste. Sie fordern die Bundesregierung als auch die Europäische Kommission auf, alle Möglichkeiten zur humanitären und wirtschaftlichen Unterstützung der Ukraine, eine verstärkte Assoziierung und langfristig auch einen Beitritt zur Europäischen Union zu prüfen. Gleichzeitig appelliert der Verband an die russischen Kommunen, sich gemeinsam mit deutschen



Foto: Region Hannover / Claus Kirsch

Kommunen für den Frieden einzusetzen. Im Rahmen von kommunalen Partnerschaften sollen die Kontakte mit der russischen Zivilgesellschaft für einen kritischen Dialog genutzt werden.

Herausforderungen in der EU

Neben dem Krieg in der Ukraine und den damit zusammenhängenden Herausforderungen für die Kommunen kamen aber auch andere aktuelle europapolitische Themen bei der RGRE-Delegiertenversammlung nicht zu kurz. Kritische Töne schlug dabei der Richter am Bundesverfassungsgericht, Prof. Dr. Peter M. Huber, an. In seiner Grundsatzrede erinnerte er an die noch nicht bewältigten Probleme in der EU. Als Beispiele nannte er unter anderem die Corona-Krise und die Flüchtlingskrise aus dem Jahr 2015, bei denen nationale Egoisten eine größere Rolle gespielt hätten als europäischer Zusammenhalt. „Es hilft nichts, Zuständigkeiten auf die EU zu übertragen, wenn man sich in der Sache nicht einig ist“, kritisierte Prof. Huber die Kompetenzordnung zwischen EU und Mitgliedstaaten, die er als „notleidend“ bezeichnete.

Der Verfassungsrichter ging auch mit der europäischen Rechtsordnung hart ins Gericht. So habe die EU seit 1990 mehr als 36.000 Rechtsakte erlassen. Was einmal vom Rat und Europäischen Parlament beschlossen worden sei, stehe fester als der Eiffelturm, kritisierte Prof. Huber, der sich für eine Reduzierung der „überbordenden“ EU-Rechtsordnung aussprach. Schließlich widmete sich der Verfassungsrichter auch den europäischen Werten, deren Verteidigung er mit Blick auf die Verletzung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn als „besorgniserregend“ bezeichnete. Das Vertrauen in das

Der stellvertretende ukrainische Minister für europäische Integration, Ihor Korkhovi, richtete sich per Videozuschaltung mit bewegenden Worten an die Versammlung



Foto: Region Hannover / Claus Kirsch

Der Richter am Bundesverfassungsgericht, Prof. Dr. Peter M. Huber, kritisierte in seiner Festrede die überbordende Rechtsordnung der EU

Recht müsse bewahrt und verteidigt werden, betonte Prof. Huber. Sein Fazit: „Wir brauchen nicht mehr Europa, sondern ein richtig gemachtes Europa“.

Erwartungen der deutschen Kommunen

Die Erwartungen der deutschen Kommunen für ein bürgernahes und geeintes Europa standen im Mittelpunkt von drei Workshops. Der Workshop „Kommunale Partnerschaften: Basis des Zusammenhalts“ zeigte die Bedeutung von kommunalen Partnerschaften bei der Bewältigung der Kriegsfolgen. Sie müssten von allen politischen Ebenen – EU, Bund und Ländern – noch stärker unterstützt werden, so der Tenor (siehe Seite 7).

Der Workshop „Europa mit den Kommunen gestalten: Konferenz zur Zukunft Europas“ befasste sich mit der zukünftigen Gestaltung der Europäischen Union und unterstrich die bereits Ende 2021 von der Deutschen Sektion des RGRE formulierten [Erwartungen an die Konferenz zur Zukunft Europas](#). Dazu gehören unter anderem die Achtung der Prinzipien der Subsidiarität und der kommunalen Selbstverwaltung, eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und den Kommunen bei allen kommunalrelevanten Themen, die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge, eine europäische Kohäsionspolitik, die alle Regionen der EU umfasst, sowie die Förderung kommunaler Partnerschaften (siehe Seite 11).

Im Workshop „EU-Förderperiode 2021-2027: Neue Prioritäten und Möglichkeiten“ ging es vor allem um die neuen Aspekte der aktuellen EU-Kohäsions- und Strukturfonds. Hier setzen sich die deutschen Kommunen seit Jahren für die Achtung des Partnerschaftsprinzip auf Länderebene sowie weniger Bürokratie bei der Antragsstellung sowie mehr Freiheiten bei der Verwendung von Fördermitteln ein (siehe Seite 13).

Mehr Eigenverantwortung und unkomplizierte und unbürokratische Förder- und Vergabeverfahren wünschen sich die deutschen Kommunen auch bei der Digitalisierung und beim Klimaschutz. Im Rahmen der Podiumsdiskussion „Europas Zukunft: grün, digital und kommunal?!“ diskutierten die Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Schweich an der Römischen Weinstraße, Christiane Horsch, der Co-Präsident des CEMR und Landrat des Landkreises Karlsruhe, Dr. Christoph Schnaudigel, sowie Hannah-Lea Braun vom RGRE-Arbeitskreis der jungen Mandatsträgerinnen und -träger

mit hochrangigen Vertreterinnen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments.

Dabei wurde deutlich, dass die von der EU für den Klimaschutz und die Klimaanpassung zur Verfügung gestellten Mittel nicht immer bei den Kommunen ankommen. Beklagt wurden vor allem komplizierte Verfahren bei der Antragsstellung, den Vergaben und der Nachweispflicht. „Macht es doch einfacher und habt doch mehr Vertrauen in die Kommunen“, appellierte Bürgermeisterin Christiane Horsch an die europäischen Institutionen (siehe Seite 16).

Als oberstes Organ der Deutschen Sektion des RGRE stellte die Delegiertenversammlung schließlich die personellen Weichen für die Zukunft des Verbandes. So wählten die Delegierten die neuen Mitglieder des Hauptausschusses, die im Anschluss an die Versammlung ein neues Präsidium einsetzten. Es wählte Bürgermeisterin Christiane Horsch von der Verbandsgemeinde Schweich an der Römischen Weinstraße zur Nachfolgerin von Oberbürgermeister Dr. Mentrup einstimmig an die Spitze des Verbandes (siehe Seite 21). ■

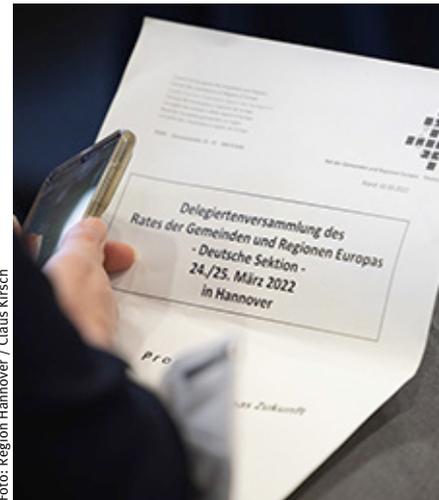


Foto: Region Hannover / Claus Kirsch

Das Programm der Delegiertenversammlung trug den aktuellen Kriegseignissen in der Ukraine Rechnung

Infos

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE):

☞ <http://www.rgre.de/>

Kommunaler Friedensappell der Deutschen Sektion des RGRE vom 25. März 2022:

☞ https://www.rgre.de/fileadmin/user_upload/pdf/resolutionen/Resolution_Ukraine_25_03_2022.pdf

Erwartungen der Deutschen Sektion des RGRE an die Konferenz zur Zukunft Europas vom Dezember 2021:

☞ https://www.rgre.de/fileadmin/user_upload/pdf/resolutionen/Erwartungen_RGRE_Konferenz_zur_Zukunft_Europas_Endfassung.pdf

Operation „Schneeflocke“:

☞ <https://gemeindegund.at/operation-schneeflocke-ein-friedensappell-von-buergermeistern-an-buergermeister-in-russland/>

Plattform „Cities4Cities“:

☞ <https://www.cities4cities.eu/>

Erklärung des „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) zur Unterstützung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in der Ukraine vom 24. Februar 2022:

☞ https://ccre.org/img/uploads/piecesjointe/file-name/Statement_PDF_Ukraine_VF.pdf